vember Cardiff verlassen hatte und mit 5900 Tonnen Kohlen an Bord nach Wladiwostok unterwegs war. Der Dampfer wird nach Sasebo gebracht.

Deutsches Reich.

Leipzig, 19. Januar.

* **Die Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: In einem Artikel der „Voss. Ztg." vom 13. ds. unter der Ueberschrift: „Verfehlungen von Rechtsanwälten" findet sich die Bemerkung, es habe Aergernis erregt, daß die Justizverwaltung Personen, die im Disziplinarverfahren aus dem Richterstande entfernt worden waren, zur Anwaltschaft zugelassen habe und daß der Anwaltstand, der sich durch die Zulassung solcher Personen degradiert fühle, keine Mittel habe, die von der Justizverwaltung einmal erteilte Zulassung rückgängig zu machen. Dem Verfasser dieses Artikels scheint unbekannt zu sein, daß nach den Vorschriften der Rechtsanwaltsordnung die Justizverwaltung niemand zur Rechtsanwaltschaft zulassen darf, der nach dem Gutachten des Vorstandes der Anwaltskammer sich eines Verhaltens schuldig gemacht hat, durch das der Ausschluß aus der Kammer bedingt wurde, und daß sie jeden zulassen muß, dessen Zulassung der Vorstand der Anwaltskammer befürwortete. Hiernach steht die Entscheidung über die Zulassung von Rechtsanwälten nicht der Justizverwaltung, sondern dem Organ des Anwaltstandes zu.

* **Der häusliche Zwist in der Sozialdemokratie** geht munter weiter. Der „Vorwärts" hatte die Bemerkungen der „Leipz. Volksztg." über die letzte „Vorwärts"-Auslassung in einem „Die Furcht vor der Aufklärung" überschriebenen Entrefilet glossiert und dabei u. a. gesagt:

Festgestellt sei noch, daß das „Gerede des „Vorwärts", von dem der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" in den obigen Sätzen spricht, dem Parteivorstand vor der Veröffentlichung zur Kenntnisnahme unterbreitet worden ist. . . ."

Darauf antwortet die „Leipz. Volksztg." derb:

Wenn der „Vorwärts" sich erlaubt, die von den Leipziger Parteiinstanzen eingehend beratene und nach genauer Prüfung jedes Wortes verfaßte Erklärung eine „von den Leipziger Parteiorganisationen unterschriebene Mehringsche Erklärung" zu nennen, so mögen die Leipziger Genossen daraus ersehen, ob das Urteil jener Erklärung über die parteischädigende Kampfweise des „Vorwärts" berechtigt war oder nicht.

Die Entgegnung schließt:

Nachdem der „Vorwärts" — siehe oben — in der feierlichsten Weise festgestellt hat, daß seine Redaktion und der Parteivorstand beschlossen hatten, sich „lediglich um die Gehässigkeiten und die Beschimpfungen" der „Leipziger Volkszeitung" zu bekümmern, ohne „irgendwie auf die Haltung des „Vorwärts" einzugehen", macht er es im selben Atemzuge zweimal dem Genossen Mehring zum Vorwurf, die Leipziger Parteiinstanzen „vor jeder wahrheitsgemäßen Aufklärung" — nämlich über die Haltung des „Vorwärts" — zu „bewahren" und zu behüten. Das ist wieder die Kampfweise des Vorwärts in ihrer ganzen Pracht. Als ob Mehring den Vorwärts daran hindern könnte oder je den Versuch gemacht hätte, ihn daran zu hindern, den Leipziger Parteiinstanzen „Aufklärungen" zu geben, so viel dem Vorwärts beliebt. Mehrings Majestätsverbrechen besteht nur darin, daß er es eine überflüssige Rückzugsmanöver genannt hat, als der Vorwärts „nachträglich", d. h. nach entschiedenem, wenn auch nicht gewonnenen Prozeß, ein „Beweisverfahren" anbot, das er — siehe oben — anzubieten verschmäht hat, als es an der Zeit war. . . .

Man sieht, der „Jungbrunnen" plätschert wieder recht niedlich, aber ein „sanftes Gemurmel" ist es gerade nicht.

*

Berlin, 19. Januar.

* **Die Otawibahn.** Der Reichskanzler hat dem Reichstage das Telegramm des Generals von Trotha vom 18. Juli 1904, das die Notwendigkeit einer Beschleunigung des Baues der Otawibahn nach Omaruru betont, und das Schreiben der Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft vom 4. August vorigen Jahres übermittelt. Das Telegramm an den Reichskanzler lautet:

Okaukorero, 18. Juli. Beschleunigter Ausbau der Otawibahn bis nach Omaruru dringend geboten. Flüchtiger Verbau unter Benutzung der Otawitrace. Hierzu erforderlich eine kriegsstarke Eisenbahnkompagnie und Ergänzung des bisherigen Eisenbahnbetriebsamts auf kriegsstarke Kompagnie. Mit Koppel Verhandlungen erbeten, daß Unterbau spätestens 1. November bis Omaruru fertiggestellt wird. Hierzu Einstellung weiterer 500 Arbeiter nötig, welche Koppel zu besorgen bereit ist. Trotha.

* **Internationale Arbeiterschutzkonferenz.** Im Namen des schweizerischen Bundesrates ist von dessen Präsidenten Comtesse und dem Kanzler der Eidgenossenschaft Ringier an die Regierungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Rumänien, Serbien, Schweden und Norwegen die Einladung zu der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz versandt worden. Das Programm umfaßt folgende Punkte:

1) Verbot der Verwendung des weißen Phosphors bei der Herstellung von Zündhölzchen; 2) Verbot der gewerblichen Nachtarbeit bei Frauen.

a. Unter dem Ausdruck „Frauen" sind alle Arbeiterinnen ohne Altersunterschied zu verstehen;

b. das Verbot der Nachtarbeit soll darin bestehen, daß sämtliche in irgend einem gewerblichen Betrieb, also außerhalb ihres Haushaltes beschäftigten Arbeiterinnen eine ununterbrochene zwölfstündige Arbeitsruhe von abends bis morgens gesichert sein soll;

c. von dem Verbote können Ausnahme für Fälle drohender oder bereits eingetretener Betriebsgefahr vorgesehen werden;

d. die Arbeiterinnen, welche Rohmaterialien zu verarbeiten haben, die einem raschen Verderben ausgesetzt sind, zum Beispiel jene der Fischerei und gewisser Arten der Obstverarbeitung, können die Erlaubnis zur Nachtarbeit in jedem Falle erhalten, in welchem dies notwendig ist, um den sonst unvermeidlichen Verlust der Rohprodukte hintanzuhalten;

e. diejenigen Betriebe, bei denen zu gewissen Jahreszeiten ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, werden durch die Uebergangsbestimmung, welche die Dauer der ununterbrochenen Nachtruhe auf 10 Stunden festsetzt, Zeit für die Ueberstunden finden, deren sie beim gegenwärtigen Stand ihrer Organisation bedürfen;

f. für die Ausführung der Reformen können bestimmte Fristen festgesetzt werden.

Die Idee des Verbots der Nachtarbeit auch auf die jugendlichen Arbeiter auszudehnen, ist von verschiedenen Seiten als unzeitgemäß bezeichnet und fallen gelassen worden. Es steht zu hoffen, daß infolge der Beschränkung des Programms auf einige wenige Punkte die Konferenz eher zu einer fruchtbringenden Verständigung gelangen werde. — Die internationale Konferenz wird am Montag, 8. Mai 1905, in Bern zusammentreten.

* **Ordensverleihung.** Der Kaiser verlieh, der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge, dem sächsischen Oberhofmarschall Grafen Vitzthum von Eckstädt das Großkreuz des roten Adlerordens.

* **Die mecklenburgische Verfassungsfrage** wird von der nationalliberalen Fraktion des Reichstags erfreulicherweise aufs neue in Fluß gebracht. Dem Reichstage ist nämlich soeben folgende Interpellation zugegangen, an deren Spitze der Name des früheren Vizepräsidenten Abgeordneten Büsing steht:

Will der Herr Reichskanzler nicht mit dem vom Bundesrate in seiner Sitzung vom 26. Oktober 1875 gefaßten Beschlusse:

„die Erwartung aussprechen, es werde den großherzoglich mecklenburgischen Regierungen gelingen, eine Aenderung der bestehenden mecklenburgischen Verfassung mit dem mecklenburgischen Landtage zu vereinbaren"

im Wege bundesfreundlicher Verhandlungen eine weitere Folge geben, da die großherzoglich mecklenburgischen Regierungen seit länger als 24 Jahren keinen Versuch mehr gemacht haben, der vom Bundesrate ausgesprochenen und von ihnen ausdrücklich gebilligten Erwartung zu entsprechen.

Die Interpellation wird nach der „Nat.-Ztg." schon in den nächsten Tagen zur Beratung kommen. Man kann nur wünschen, daß dadurch ein kräftiger Anstoß zur endgültigen Beseitigung der rückständigen verfassungspolitischen Verhältnisse Mecklenburgs gegeben werden möge.

— Der deutsche Konsul Killant in Bukarest ist unter Ernennung zum Generalkonsul nach Singapore versetzt worden und wird demnächst an seinen neuen Bestimmungsort abgehen.

*

* **Aus Oldenburg.** Die Klage des Grafen v. Weisburg gegen den Großherzog auf Anerkennung seiner Thronfolgefähigkeit in das Fideikommiß, seines Titels als eines Prinzen von Oldenburg und auf Herausleistung und Weiterzahlung der Apanage stützt sich auf die Angabe, das Hausgesetz von 1. September 1872 habe nicht die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtags erhalten. Die Landtagsprotokolle bestätigen indessen den durchaus gesetzmäßigen Verlauf der Angelegenheit. § 29 des Staatsgrundgesetzes bestimmt, daß das Hausgesetz des großherzoglichen Hauses dem Landtage zur Kenntnisnahme und, soweit nötig, zur Zustimmung vorgelegt werden soll. Das am 1. September 1872 aufgestellte Hausgesetz ist demgemäß am 14. September überreicht und dem Justizausschuß überwiesen worden. Derselbe prüfte es, ob es mit dem Staatsgrundgesetz in Einklang stehe und ob es Bestimmungen enthalte, die der Zustimmung des Landtages bedürften. Der Ausschuß hatte in dieser Beziehung zu Anträgen keine Veranlassung. (In demselben saß u. a. der als tüchtiger Jurist bekannte nachmalige Oberlandesgerichtspräsident Schumann). Vom 10. bis 21. Dezember 1872 lag das Hausgesetz im Landtage aus, es wurden keine Einwendungen dagegen erhoben, und in der Plenarsitzung des 17. Landtages am letztgenannten Tage teilte der Präsident mit, daß er das Gesetz dem Archiv des Hauses einverleibe. Am 10. Januar 1873 wurde das Gesetz dann im Gesetzblatt veröffentlicht. Somit hat das Hausgesetz die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtages gefunden, und wenn der Graf von Weisburg seine Ansprüche darauf stützt, daß dies nicht geschehen sei, so werden sie zusammenbrechen. Zudem wurde bei der Verkündigung des Gesetzes vom Großherzog Peter noch bekannt gegeben, daß sämtliche volljährigen sukzessionsberechtigten Prinzen, zu denen auch Herzog Elimar zählte, dem Hausgesetz zugestimmt hätten. Die aktenmäßige Aufrollung der Vorgeschichte der Klage aus den Protokollen des Landtages und der Gesetzsammlung ergibt danach die Unberechtigung der Ansprüche des Sohnes von Herzog Elimar, des jetzigen Grafen von Weisburg. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß es in unserer Notiz zum selben Thema in Nr. 21 „Ehescheidungsnormen" statt Ehescheidungsnormen heißen muß.

* **Weimar,** 19. Januar. Anläßlich des Ablebens der Großherzogin gingen von den meisten in- und ausländischen Höfen Beileidstelegramme ein. Der Kaiser sandte in Gemeinschaft mit der Kaiserin folgendes Telegramm: „Tief erschüttert sprechen wir Dir unser von Herzen kommendes Beileid aus. Gott stehe Dir bei in Deinem schweren Kummer. Wilhelm. Victoria."

* **Stuttgart,** 18. Januar. Gegen die konfessionellen Studentenverbindungen hat dieser Tage auch die Studentenschaft der Technischen Hochschule zu Stuttgart Stellung genommen. In einer Studentenversammlung am letzten Sonnabend gelangte mit großer Mehrheit eine Resolution zur Annahme, in der es die Studentenschaft als einen großen Uebelstand bezeichnete, daß konfessionelle Zwietracht in die Reihen der Studentenschaft hereingetragen wird durch das Bestehen rein konfessioneller Verbindungen. Die Versammlung gibt dem Wunsche Ausdruck, daß dieser Uebelstand durch Auflösung der bestehenden konfessionellen Studentenverbindungen beseitigt wird. Dieser Beschluß soll dem Rektor der Hochschule unterbreitet werden. In der Erörterung wurde auf die große Gefahr hingewiesen, die in dem Zusammengehen der katholischen Studentenverbindungen mit dem Zentrum liege, dessen Interessen den nationalen zuwiderlaufen, und wiederholt betont, die katholischen Verbindungen dienen nur dazu, dem Zentrum neue Kräfte zuzuführen.

Flotte.

* **Schiffsbewegungen:** Der Transport der abgelösten Besatzung S. M. S. „Möwe" ist mit dem Reichspostdampfer „Gneisenau" am 18. Januar in Fremantle (Westaustralien) eingetroffen und hat am 19. Januar die Reise nach Colombo (Ceylon) fortgesetzt. S. M. S. „Moltke" ist am 18. Januar in Charleston (Südkarolina) eingetroffen und geht am 23. Januar von dort nach Horta auf Faial (Azoren) in See. S. M. S. „Panther" ist am 18. Januar in Habana eingetroffen und geht am 30. Januar von dort nach Nassau (Bahama-Inseln) in See. S. M. S. „Geier" ist auf der Heimreise am 19. Januar in Hongkong eingetroffen und geht am 21. Januar von dort nach Singapore in See.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Jubiläum des Wiener Deutschen Schulvereins.** Der Deutsche Schulverein in Wien, der am 13. Mai sein 25jähriges Bestehen feiert, hatte nicht weniger als 212 deutsche Gemeinden Oesterreichs schon am vergangenen 31. Dezember angezeigt, daß sie den Sonntag dieses größten deutschnationalen Schutzvereins festlich begehen würden. Von diesen Anmeldungen stammen nicht weniger als hundert aus Deutschböhmen. Man erwartet aber deren noch weitere Hunderte. Auch die Wiener Schulvereinsgruppen rüsten sich zu einer würdigen Feier. Die Hauptfeier, zu der alle nationalen Schutzvereine, auch der Bruderverein aus dem Deutschen Reiche, ihre Vertreter entsenden werden, findet in Linz statt.

Frankreich.

* **Der Abschiedsbrief des Ministerpräsidenten.** Der Brief, den Herr Combes dem Präsidenten Loubet überreicht hat, lautet in den wesentlichen Sätzen:

Ich habe die Ehre, meine Demission als Ministerpräsident zu überreichen, zugleich mit derjenigen meiner Kollegen. Nicht ohne ein Gefühl tiefen Bedauerns sehe ich mich gezwungen, auf die vollständige Verwirklichung eines Programms von sozialen Reformen zu verzichten, welches in allen Verhältnissen und in allen Umständen die ausdrückliche Zustimmung der republikanischen Mehrheit in beiden Kammern erhalten hat. Aber die Ziffer dieser Mehrheit ist bei der letzten Abstimmung in der Deputiertenkammer herabgesunken, so daß es mir nicht erlaubt ist, auf eine glückliche Durchführung dieses Programms zu hoffen. Seit 18 Monaten sehe ich gegen mich eine Koalition von ungeduldigem Ehrgeiz und von klerikalem und nationalistischem Hasse. Schon im März vorigen Jahres wäre es diesen Verbündeten beinahe geglückt, durch die verrüchtigte und heimtückisch vorgebrachte Interpellation die Beratung über das Gesetz zur Unterdrückung des Kongregationsunterrichts schroff abzuschneiden. Ich habe Fuß an Fuß gegen ihre Manöver angekämpft, ohne Ermüdung und ohne Schwäche. Wenn ich nur mein eigenes Gefühl zu Rate ziehen würde, so würde ich den Kampf gern fortsetzen, und ich wäre gewiß, daß ich trotz des Abfalles einzelner Personen in dieser Mehrheit das republikanische Frankreich auf meiner Seite habe. Es ist aber leicht zu erkennen, daß ich der Gefahr ausgesetzt bin, infolge eines Zwischenfalles in einer Kammersitzung plötzlich in Minderheit versetzt zu werden. Damit würde das politische Programm der Regierung selbst in Mitleidenschaft gezogen werden. Ich habe deshalb nach der Abstimmung vom letzten Sonnabend, welche nochmals feierlichst das Programm des Ministeriums bestätigt hat, beschlossen, meine Demission zu geben. Die Mehrheit ist auf eine kleine Zahl gesunken, aber sie ist nichtsdestoweniger die Mehrheit geblieben und sie repräsentiert im konstitutionellen Sinne den Willen des republikanischen Landes. Die Entscheidung der Mehrheit, welche für die Regierung von gestern gestimmt hat, wird es auch für die zukünftige Regierung sein. Trotz der anmaßenden Hoffnung der klerikalen und nationalistischen Reaktion habe ich das Vertrauen, daß die Einigkeit der republikanischen Parteien bestehen bleibt, zur Verteidigung und zur Fortsetzung des Werkes der geistigen Befreiung, des sozialen Fortschrittes und der Annäherung der Völker, welche mein Ministerium vollbracht hat, im Einvernehmen mit der Mehrheit der republikanischen Partei und gestützt auf deren Einigkeit. Ich vertraue, daß das republikanische Land diese Mehrheit stärken wird in diesem kritischen Augenblick.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß der scheidende Ministerpräsident mit seiner Auslegung des „konstitutionellen Sinnes" die Prärogative des Präsidenten der Republik angetastet hat, und daß jede Einsprache dagegen begründet ist.

* **Loubets Konferenzen mit den Parteigrößen.** Wie aus Paris gemeldet wird, konferierte Loubet gestern vormittag mit den Vorsitzenden der republikanischen Fraktionen des Senats, Dubost, Guérin, Prevet und Lenelet; nachmittags hatte der Präsident Besprechungen mit den Führern der republikanischen Fraktionen der Deputiertenkammer.

* **Die erwachenden Bischöfe.** Wie die „Croix" meldet, begab sich gestern nachmittag der Erzbischof Richard von Paris im Auftrage des Papstes zum Elysée, um dem Präsidenten der Republik das Beileid des Papstes zum Tode seiner Mutter auszusprechen. Dieser Auftrag war, der „Croix" zufolge, vormittags aus Rom eingetroffen. Dem Schritte des Papstes kommt eine gewisse politische Bedeutung zu, nicht nur in Anbetracht der unterbrochenen diplomatischen Beziehungen Frankreichs und des Vatikans, sondern auch in Erwägung des Umstandes, daß er gerade im Augenblicke des Rücktritts des Kabinetts Combes' erfolgt. — Nach der „K. Z." hat der als streitbar bekannte Bischof Turinaz von Nancy bei der Jahresversammlung des katholischen Männervereins in der Kathedrale in vollem Ornat eine Predigt gehalten, die an Schärfe und Kampfesfreudigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Ein Auszug genügt: „Ihr werdet Eure Kirchen mieten, sagt man uns. Mieten, was man uns nimmt? Mieten, was uns gehört? Nein! Die Kirchen sind unser Eigentum; mehrere von ihnen in dieser Stadt und wie viele andere in ganz Frankreich sind mit den Spenden der Katholiken erbaut worden, ohne daß der Staat einen Pfennig beigesteuert hätte. Nein, wir werden sie nicht mieten; aber wir werden kämpfen, bis zum äußersten kämpfen, um unsere Freiheiten zu verteidigen. Auf, Katholiken! Frankreich ist nicht tot. Es schläft nur und wird sich wieder erheben. Auf, Katholiken, für Frankreich und für Gott!" Selbstverständlich nahmen die Anwesenden, die auf 2000 geschätzt wurden, diese feurige Aufreizung mit großer Begeisterung entgegen, trennten sich dann aber in größter Ruhe.

Rumänien.

* Die Mißwirtschaft unter der liberalen Regierung. Aus Bukarest, vom 17. Januar, schreibt unser B.-Korrespondent: Bei der Uebernahme der Geschäfte durch die neuen, von dem konservativen Ministerium Cantacuzene eingesetzten Beamten hat sich an manchen Orten im Lande eine krasse Mißwirtschaft gezeigt, die unter dem früheren Regime geherrscht hat. So sind erhebliche Beträge aus den Kassen verschwunden, ohne daß irgendwelche Belege über deren Verbleib vorhanden wären; es ist auch schon ermittelt worden, daß ungetreue Beamte öffentliche Gelder unterschlagen haben. So haben ferner auch manche zur Verteilung von Getreide-, Mais- und Holzmengen an die notleidenden Bauern Beauftragte sich an diesen Vorräten vergriffen und dieselben statt, ihrer Bestimmung zuzuführen, in ihrem eigenen Nutzen verwandt. Die neue Regierung ist nun daran, mit diesen Mißständen mit eiserner Energie aufzuräumen. Es zeigt sich übrigens, daß das von der Presse des Herrn Sturdza so überschwänglich ge-

Feuilleton.

Musik.

Klavierabend von Josef Pembaur.

Als Eugen Gura in Leipzig seinen letzten Liederabend gab, brachte er sich als Klavierbegleiter einen schwarzgelockten jungen Künstler mit, dessen Spiel durch sonderes Anschmiegen, poetisches Nach- und Mitempfinden und außergewöhnlich schöne Tonbildung unmittelbar auffiel. Da ist mir Herr Josef Pembaur zum ersten Mal begegnet, und seitdem hab' ich immer den Wunsch gehabt, ihn auch allein, in freier und selbständiger Kunstausübung wieder zu treffen. Am Mittwoch wurde dies Begehren erfüllt. Und wiederum saß da der egzellente Musiker und tief und innig fühlende Tonpoet an einem Blüthnerflügel, dessen modulationsfähiger, gesangvoller Ton gerade seinen, auf das Zarte und Lyrische gerichteten Bestrebungen auffallend adäquat war. Denn Jos. Pembaur ist ausgesprochenermaßen Lyriker, der, mit intuitivem Vermögen ausgestattet, allen noch so zarten Verästelungen feinst ausgesponnener Seelenstimmungen nachzugehen und ihrer Darstellung und Veranschaulichung sicher ein Meister werden wird. Er wird es — denn gestern tat er hierin zuweilen zu viel. In ganz engem Zuhörerkreise mag diese Art von Pembaurs außerordentlich zarter Ausführung gewisser lyrischer Stellen, ein solches Verhauchen des Tons möglich, vielleicht sogar als einzig gegeben erscheinen, im Konzertsaale keinesfalls, ebensowenig wie solch weit ausgedehntes Ritardando und solch Verklingenlassen des Tons auf Fermaten. Herr Pembaur verfügt über einen Anschlag, dessen Nuancenreichtum ganz unerschöpflich ist, der dem Instrumente alle und jede tonliche Wirkung zu entlocken vermag; desgleichen über eine lückenlose, blitzsaubere und unfehlbare Technik und eine Kunst des Pedalgebrauchs, die ihn wohl hier und da einmal zu weit gehen, anderenteils aber zu seinen Effekten gelangen ließ. Des Herrn Konzertgebers Auffassung der Werke Schumanns (C dur-Phantasie), Chopins (Phantasie und Ballade, beide in F moll) und Beethovens (Sonate op. 110) erwies sich tiefgründig und selbständig bis ins kleinste hinein, und seine Darstellung ist durchaus klar, schönheitsdurchdrungen und noch den höchsten Zielen strebend. In den beiden Sätzen der Schumannschen Phantasie gab Herr Pembaur manches anders, wie es sonst wohl Gepflogenheit ist — aber das will für mich nichts weiter heißen, da aus seinem Spiel eben ein lebendig schaffendes Künstler- und Menschentum spricht. Ebenso erschien mir der Anfang der Beethovenschen Schlußfuge zwar von prachtvoller Klarheit und thematischer Plastik, aber von ganz seltener Breite der Temponahme, die freilich auch zu ausgezeichnet gelungenen Steigerungen gegen den Schluß hin führte. Ganz vorzüglich und musikalisch künstlerisch überzeugend interpretierte Herr Pembaur Chopin, in vielen Stücken erinnerte er mich — kein geringes Lob wahrlich! — unmittelbar an den größten mir bekannten Chopinspieler, nämlich Wladimir von Pachmann. Die sehr zahlreich erschienenen Zuhörer folgten Herrn Pembaurs Vorträgen mit gespanntestem Interesse und belohnten den intelligenten und hochtalentierten Künstler mit lebhaftesten Beifallsbezeugungen.

Eugen Segnitz.

*

H. Z. **Richard Strauß-Heft der „Musik".** Die ausgezeichnete Musikzeitung „Die Musik" hat ihr zweites Januarheft in der Hauptsache dem Komponisten Richard Strauß gewidmet. Wir finden darin Aufsätze von James Henneker, Dr. Alfred Guttmann (Strauß als Lyriker), Karl Schwalz (über Zarathustra und Heldenleben) und Wilhelm Klatte (sinfonia domestica). Außerdem noch mehrere Bildnisse des berühmten Komponisten, namentlich zwei ganz reizende Photographien von Strauß als Jüngling und als Knabe. Auch der Vater Strauß, der erste Hornist des Münchener Hoftheaterorchesters (im letzten Jahre verstorben) und die ersten Förderer der Straußschen Kunst, Hans von Bülow und Alexander Ritter werden uns im Bilde vorgeführt. Daran reihen sich eine Anzahl Bilder verschiedener Meister, deren Inhalt mit dem der Richard Straußschen Hauptwerke übereinstimmt, so Don Juan von Adolf Menzel, Macbeth von W. von Kaulbach, Don Quixote von Gustave Doré u. A. Beschlossen wird das Heft durch ein aus dem Jahre 1871 stammendes Lied, welches demnach Richard Strauß im Alter von 7 Jahren geschrieben hat. Es ist das Uhlandsche Gedicht „Einkehr" („Bei einem Wirte wundermild"). Für dies sehr jugendliche Alter ist das Liedchen jedenfalls schon eine sehr erfreuliche Leistung. Gewidmet ist es der lieben Tante Johanna Pschorr, welche sicherlich damals nicht daran gedacht haben mag, daß das Geburtstagsgeschenk ihres Neffen als Kuriosum noch mehr als dreißig Jahren gedruckt werden würde.

Kunst.

L. W. **Vortrag im Kunstgewerbeverein.** Am Dienstag sprach der Direktor der Großherzoglichen Kunstgewerbeschule in Karlsruhe, Professor R. Hoffacker in dem Vortragssaale unseres Kunstgewerbevereins über das ebenso interessante als aktuelle Thema der Weltausstellungen „Die Geschichte der Weltausstellungen" bildete der Titel des Vortrages, eine ganze Menge von Lichtbildern gab den willkommenen Ergänzungen zu den Ausführungen des Redners. Seinerzeit, als zur Beschickung der Weltausstellung von St. Louis aufgefordert wurde, da ist so etwas wie eine Ausstellungsmüdigkeit zu Tage getreten. Indes, kaum haben sich die Pforten der Louisianer Ausstellung geschlossen, da ergehen auch schon die Aufforderungen zur Beteiligung an einer Weltausstellung in Lüttich, und in Paris ergeht man sich bereits mit den Erwägungen, wann die nächste Weltausstellung an den Ufern der Seine zu arrangieren sei. Ein Ueberblick über die Ausdehnungen, die die Terrainverhältnisse erfahren haben, ist äußerst interessant gewesen, die letzten großen amerikanischen Ausstellungen haben Flächen von nahe an drei Millionen Quadratmetern eingenommen. Man ist aber von den Vorteilen überzeugt, den ein friedlicher Wettbewerb und Gedankenaustausch auf allen Gebieten zeitgenössischen Schaffens der Allgemeinheit und den Einzelnen bringt. Man darf also die Frage von der Ausstellungsmüdigkeit nicht gerade tragisch nehmen. Den größten Teil des Vortrages füllten die Ausführungen über die Entwickelung der Ausstellungsarchitektur, und da gab dem Prof. Hoffacker einen ganz vortrefflichen und erschöpfenden Ueberblick. Er zeigte wie sich die deutschen Anlagen bis zu den heute üblichen Typen entwickelten und wie man aus Erfahrungen, die man an einem Orte machte, bei folgenden Gelegenheiten die Nutzanwendung zog. In drei große Gruppen teilt der Redner die Ausstellungsarchitektur ein. Die Einheitsbauten bilden den ersten Typus; große, langgestreckte Bauten mit einem mittleren Gange, von dem aus man die einzelnen Räume betritt, das Bedürfnis nach einer strengeren Trennung der Ausstellungsgüter nach Branchen und Stationen ließ den zweiten Typus, die sogenannten Hallenbauten, entstehen, die an den langen Hauptbau Nebenbauten angliederten. Dasselbe Bedürfnis führte dann auch zu den heutigen Anlagen, die besonders getrennt stehende Gebäude wie Kunsthalle, Maschinenhalle, Landwirtschaftliches Gebäude usw. lieben. Was den Charakter der Bauten betrifft, so stehen die Sympathien des Redners begreiflicher Weise bei den Alteren. Da hat man mit Eisen und Glas gebaut und nach Formen gestrebt, die dem Zwecke des Baues „analog" waren. In neuester Zeit und besonders jetzt in St. Louis z. B. hat man sich mit ausgelebten Renaissanceformen begnügt, man hat über landläufige Halbkonstruktionen Verkleidungen von Gips und Pappe geklebt und überladene Fassaden geschaffen. „Stilfrevel" ist der sehr bezeichnende Ausdruck, den der Redner für diese Art gefunden hat.

C. E. **Der Bildhauer Rodin** hat eine Büste des Dramatikers Henri Becque vollendet. Sie wird als eine der großartigsten Schöpfungen des berühmten Künstlers bezeichnet.

Wissenschaft.

△ **Hochschulnachrichten.** Konsistorialrat Dr. Siegfried Goebel, Professor der evangelischen Theologie an der Universität Bonn, tritt am 1. April in den Ruhestand. — Der Verband der im Coburger L. C. vereinigten Landsmannschaften auf deutschen Hochschulen zählt im Wintersemester 1904/5 unter entsprechendem Abzug der Mehrbündlerleute 774 Aktive und Inaktive, sowie 2699 Alte Herren in 26 aktiven und 8 suspendierten Landsmannschaften. — Man schreibt uns aus Tübingen: Prof. Dr. M. Rümelin von der juristischen Fakultät hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Leipzig abgelehnt. Wie der „Staatsanzeiger" bekannt gibt, verlieh der König Dr. Rümelin das Ehrenkreuz des württembergischen Kronordens, eine Auszeichnung, mit welcher der Personaladel verbunden ist. Mit dieser Ehrung bekundet der König seine dankende Anerkennung dafür, daß der ausgezeichnete Rechtslehrer den ehrenvollen Ruf nach Leipzig abgelehnt hat und der württembergischen Landeshochschule treu bleibe. — Dem praktischen Arzt Dr. med. Sudhoff zu Hochdahl bei Düsseldorf wurde der Professortitel verliehen in Anerkennung seiner verdienstvollen und erfolgreichen Forschungen über Theophrastus Paracelsus, dem vielumstrittenen Gelehrten des Mittelalters, und seiner sonstigen literarischen Tätigkeit. — Die Königlich Technische Hochschule zu Aachen wird nach dem eben erschienenen Personalverzeichnis laut vorläufiger Feststellung von insgesamt 911 Hörern besucht (gegen 763 im vorigen Halbjahr). Hiervon sind 630 Studierende und 281 Gasthörer. Der Nationalität nach stammen 649 aus Deutschland (davon 593 aus Preußen), der Rest verteilt sich auf das Ausland. — Von der Königl. Akademie der Wissenschaften zu Berlin erhielten Prof. Dr. A. Hagenbach in Aachen und Privatdozent Dr. Konen in Bonn 1000 ℳ zur Herausgabe eines spektrographischen Atlas, ferner der Privatdozent Dr. A. Weberbauer in Breslau zur Fortsetzung seiner botanischen Reisen in Peru 2000 ℳ und der Landesgeolog a. D. Dr. O. Zeise in Südende zur Sammlung fossiler Sporgien in Oran 600 ℳ. — Die Karl Schwarz-Stiftung in Jena bewilligte dem ehemaligen Archidiakonus Dr. Karo in Chemnitz, jetzt in Aschach bei Linden i. B., einen ersten Preis für die Bearbeitung des Themas „Gessler und sein Streit mit Lessing über die Wolfenbütteler Bruchstücke". — Vom „Verein Deutscher Ingenieure" erhielt der Chemiker Prof. Dr. Tammann in Göttingen 5000 ℳ zu Versuchen über die Schmelzbarkeit der Metall-Legierungen. — Der stellvertretende Vorstand der kgl. Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalt in Würzburg Dr. J. Rötger ist zum außerordentlichen Professor ernannt worden. — Der neue württembergische Etat enthält eine Forderung auf Umwandlung der bisherigen außerordentlichen Professur für Hygiene in Tübingen in eine ordentliche und Errichtung eines hygienischen Instituts. Der Unterricht in der Bakteriologie soll jedoch, nach einer Mitteilung der Münchener Medizinischen Wochenschrift, auch weiterhin bei der Pathologie (Professor Dr. von Baumgarten) bleiben. In studentischen Kreisen besteht die Absicht, den Todestag Schillers durch eine besondere Feier der Studentenschaft zu begehen. Um zu einem einheitlichen Ziel zu gelangen, hat der Rektor der Universität an die verschiedenen Korporationen das Ersuchen gerichtet, diese Frage in ihrem Kreis zu erörtern und zu einer am 19. d. M. stattfindenden Beratung, an der Universitätsprofessoren teilnehmen, Vertreter zu entsenden. — Der Professor der Geographie an der Bonner Universität, Geh. Reg.-Rat Dr. Rein, feiert am 27. dieses Monats seinen 70. Geburtstag. Da Professor Rein früher lange Jahre in Japan gelebt und diesem Lande einen großen Teil seiner Studien gewidmet hat, will man in Japan diesen Anlaß benutzen, um dem Gelehrten einen Beweis der Anhänglichkeit und Dankbarkeit zu geben. Man hat in Japan eine Sammlung veranstaltet, um eine Ehrengabe überreichen zu können. Die japanische Gesellschaft für Geologie, Prof. Omura u. a. haben die Ehrung eingeleitet. Auch die Japaner in Europa werden sich daran beteiligen. — Der seit 1899 im Ruhestand lebende ordentliche Professor der Veterinärmedizin Dr. Georg Pfeiffer ist im Alter von 70 Jahren in Gießen gestorben.

SLUB
Wir führen Wissen.